

# Das Gute Leben für alle ist dringlicher denn je

## Bolivien braucht Veränderung

**Markus Zander**

*Länderreferent Bolivien, MISEREOR · AACHEN*

**B**olivien befindet sich nach dem Ende von 14 Jahren der Regierung Evo Morales' im Oktober 2019 in einem starken Umbruch. Dabei ist gegenwärtig völlig unklar, wohin die Reise geht.

Die Jahre der Regierung von Morales, der von manchen als erster indigener Präsident des Landes bezeichnet wird, mit seiner Partei MAS (Bewegung für den Sozialismus) waren zu Beginn von großen Hoffnungen getragen. Dies galt insbesondere für die bislang stark benachteiligten indigenen Völker des Hoch- und Tieflandes, die das Ende der jahrhundertlangen Diskriminierung der Ursprungsbevölkerung und die Errichtung einer auf gegenseitigem Respekt und Anerkennung aufbauenden Gesellschaft herbeisehnten. Der von Evo Morales und seinen Anhängern gepflegte Diskurs des Vivir Bien („Gutes Leben“) hatte außerdem Hoffnungen auf die Überwindung der enormen sozialen Unterschiede und eine wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit Rücksichtnahme auf die empfindlichen Ökosysteme des Landes geweckt.

Nach ersten konfliktreichen Jahren erlebte das Land ab ca. 2009 eine politische Stabilität in vorher ungekanntem Ausmaß. Die bereits 2006 erfolgte Nationalisierung der Gasreserven und der Boom der Preise für Erdgas, dem Hauptexportprodukt, brachte ein nie dagewesenes Wirtschaftswachstum. Dieses erlaubte im ersten Jahrzehnt der Regierung die Ansammlung erheblicher staatlicher Reserven und eine Ausgabenpolitik, die neben der Investition in Straßen oder Krankenhäuser auch und vor allem Bonuszahlungen für Familien mit Kindern oder ältere Menschen förderte. Damit gelang es, die Armut deutlich zu reduzieren, was Evo Morales eine starke Anhängerschaft vor allem in den ärmeren Bevölkerungsgruppen sicherte. Gleichzeitig stieg

der Anteil Indigener und von Frauen in politischen Entscheidungspositionen deutlich.

Mit der Zeit traten jedoch immer stärkere Widersprüche zwischen dem Diskurs des Vivir Bien und der Praxis der Regierung auf. Diese baute ihre Wirtschafts- und staatliche Einnahmenpolitik von Beginn an fast ausschließlich auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen (Erdgas, Mineralien und agrarindustrielle Produkte) und deren Export ins Ausland auf. Dazu kam eine starke Klientelpolitik, im Rahmen derer bestimmte gesellschaftliche Gruppen z. B. die Kokabauern, aus deren Reihen Evo Morales stammt, die Minenkooperativisten oder zunehmend auch die Agrarindustrie begünstigt wurden, um ihre Gefolgschaft zu sichern. Teil davon war die Versorgung von Führungspersonen der indigenen und kleinbäuerlichen Basisorganisationen mit Posten und Zuwendungen, die an die MAS gebunden und damit ruhiggestellt wurden. Gleichzeitig setzte sich eine immer stärkere Tendenz der Regierung zum Autoritarismus durch.

Mit dem Verfall der Rohstoffpreise ab ca. 2015/2016 stieß das bisherige wirtschaftliche Erfolgsmodell deutlich an seine Grenzen, und im verzweifelten Bemühen um neue Einnahmequellen wurden der Bergbau, die Erdgassuche, die Agrarindustrie und der geplante Bau von Staudämmen immer stärker forciert. Dabei war das Amazonasgebiet mit seinen indigenen Territorien besonders betroffen; die vorherige, freie und informierte Konsultation der indigenen Bevölkerung wie auch ökologische Belange blieben unberücksichtigt. Diese Entwicklung kulminierte im Sommer 2019 kurz vor den Wahlen. Durch präsidientielle Dekrete befördert, verbrannten insgesamt sechs Millionen Hektar Fläche im bolivianischen Tiefland durch intentional gelegte Wald-



*Indigene Führungspersonen feiern eine Zeremonie während einer MAS-Wahlkampfkundgebung im Februar 2020.*

brände, davon zwei Millionen Hektar Regenwald. Mit der Zeit begannen sich immer mehr ehemalige Gefolgsleute Evo Morales' von ihm und seiner Regierung abzuwenden. Ungeachtet des verfassungsmäßigen Verbots und des Ausgangs eines offiziellen Referendums ließ er sich 2019 erneut als Präsidentschaftskandidat aufstellen. Schwere Unruhen von Gegnern und Befürwortern Evo Morales' nach der Wahl im Oktober 2019, der von der Organisation Amerikanischer Staaten bestätigte Vorwurf von Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und der Verlust der Unterstützung seines Militärs führten schließlich zum Rücktritt des Präsidenten und seiner Abreise ins Exil nach Mexiko und von dort weiter nach Argentinien. Weite Kreise linksgerichteter Medien und Organisationen sprachen in diesem Zusammenhang von einem Putsch des konservativen Lagers. In dem entstandenen Machtvakuum wurde die Vizepräsidentin des Senats von Bolivien, die rechtsgerichtete Jeanine Áñez, zur Interimspräsidentin des Landes ernannt. Sie ließ in den ersten Wochen Polizei und Militär sehr hart gegen gewaltsam protestierende Anhänger der MAS vorgehen, was eine Reihe Todesopfer forderte und ihr heftige Kritik einbrachte. Ihre Aufgabe wäre es vornehmlich, transparente Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Bolivien zu organisieren. Diese wurden nach zähen Verhandlungen mit der MAS zunächst für Mai 2020 festgelegt, dann aber wegen der Corona-Pandemie und unter heftigem Protest der MAS sowie der ihr nahestehenden Basisorganisationen letztlich auf Oktober 2020

verschoben. Ihr Ausgang war bei Redaktionsschluss nicht vorauszusehen. Die Übergangspräsidentin mit ihrem Kabinett versucht, im Schatten der Corona-Pandemie, zu Gunsten der ihr nahestehenden Agrarindustrie Fakten zu schaffen, ohne sich dabei um das Wohl der Kleinbauern und Indigenen zu kümmern: Ausdehnung der Agrarflächen für den Anbau von Soja und anderen Monokulturen vor allem im Amazonasgebiet. Dessen Böden sind jedoch für diese Art von Anbau denkbar ungeeignet, und die andauernde Abholzung des Waldes heizt in gefährlicher Weise den Klimawandel weiter an. Dessen Auswirkungen wie Wassermangel, Extremwetter Situationen oder Überschwemmungen sind bereits jetzt in ganz Bolivien sehr deutlich zu spüren.

Bolivien hatte 2019 eine pro-Kopf-Abholzungsrate von 198 m<sup>2</sup> jährlich und damit eine der höchsten der Welt, noch deutlich über Brasilien, Indonesien oder Malaysia. Die Erlaubnis der Regierung zum (verfassungsmäßig verbotenen) „versuchsweisen“ Anbau neuer genmanipulierter Produkte stieß im Mai 2020 auf eine breite Gegenkampagne der Zivilgesellschaft, ohne jedoch die Entscheidung der Regierung beeinflussen zu können.

Die durch das Coronavirus ausgelöste Pandemie hat Bolivien trotz der relativ früh verhängten rigorosen Quarantänemaßnahmen stark getroffen; Ende Juli 2020 zählt Bolivien mehr als 73.500 bestätigte Ansteckungen und knapp 3.000 Todesfälle, mit einer hohen Dunkelziffer wegen mangelnder Testmöglichkeiten. Die verordneten Ausgangssperren sind für die zahlreichen vom informellen Sektor lebenden Familien kaum einzuhalten, da sie dadurch ihre Einkommensmöglichkeiten und damit den Zugang zu Nahrungsmitteln verlieren. Dazu kommt der Zusammenbruch des sehr schwach ausgebildeten Gesundheitssystems. Besonders verletzlich sind auch hier die indigenen Völker des Amazonasgebiets, in deren weit abgelegenen Gemeinden das staatliche Gesundheitssystem fast völlig abwesend ist.

Damit ist die Zukunft Boliviens angesichts des unvorhersehbaren Ausgangs der Pandemie, der starken und entlang sozialer Unterschiede verlaufenden gesellschaftlichen Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern der MAS und einer sich bereits vor Covid-19 ankündigenden schweren wirtschaftlichen Krise im Augenblick mehr als ungewiss.

Aktuelle Zahlen und Fakten zu Bolivien finden Sie auf [fastenaktion.misereor.de/grundlagen](https://fastenaktion.misereor.de/grundlagen)